

Auer Tageblatt

Abstellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis: 1 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigerpreise für Anzeiger aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, auswärts 25 Goldpfennige, Kellern-Anzeiger 30 Goldpfennige, sonstige 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 238

Sonntag, den 11. Oktober 1925

20. Jahrgang

Persönliche Besprechungen in Locarno.

Erklärungen für die Presse. — Keine endgültigen Beschlüsse. — Polens Friedenswille!

Locarno, 9. Okt. Der heutige Sitzungstag ist wie vorher angefüllt war, mit persönlichen Aussprachen einzelner Delegationsmitglieder untereinander ausgefüllt. So traf sich um 11 Uhr vormittags Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit dem französischen Delegationsführer Briand im Grandhotel Wallace. Die Unterredung dauerte über 1 1/2 Stunden. Ferner empfing heute vormittag Staatssekretär v. Schubert den Besuch des belgischen Außenministers Vandervelde im Hotel Epinade. Ebenso findet heute die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Juristen statt, die den ganzen Tag an der Durchführung der ihnen vorgelegten gestellten Aufgaben arbeiten dürften.

Ueber die allgemeine Stimmung, die den Grad der Möglichkeit positiven oder negativen Ergebnisses widerspiegelt, ein einheitliches Bild zu geben, ist außerordentlich schwierig. Die übereinstimmende Empfindung, die im übrigen auch mit dem tatsächlichen Sachverhalt in diesem Falle weitgehend in Einklang stehen dürfte, geht dahin, daß die Zusammenkunft in diesen Tagen ein sehr wichtiges Stadium durchläuft. Optimistische und pessimistische Auffassungen wechseln in rascher Folge miteinander, während allerdings die generelle Tendenz auf Seiten der fremden Delegationen vorwiegend hoffnungsvoller ist als bei der deutschen Delegation. Dieser Optimismus rechtfertigt und erklärt sich vielleicht eher aus der fortschreitenden persönlichen Eühlungnahme als aus bereits erreichten praktischen Ergebnissen der Verhandlungen.

Der polnische Außenminister Strzyński hatte heute Besprechungen mit Chamberlain, Briand und Vandervelde.

Chamberlain stattete heute Luther einen Besuch ab. Die Unterredung der beiden Delegationsführer dauerte fast eine Stunde.

Locarno, 9. Okt. Chamberlain empfing heute Vertreter der englischen Presse. Er erklärte ihnen u. a.: Ich hege die Hoffnung, daß die Konferenz Erfolg haben kann. Unsere Gespräche werden von jener Ungezwungenheit, Offenheit und Freundschaftlichkeit beherrscht, auf die wir von vornherein gerechnet hatten. Es ist ein gutes Zeichen, daß die Konferenz ihre Arbeiten sofort aufnahm, ohne sich auf die Diskussion über die Arbeiten der juristischen Sachverständigen einzulassen. Gleich anfangs haben wir, daß uns vieles Gemeinsame verbindet, und das Terrain der Verständigung wurde im Laufe der Verhandlungen nur noch erweitert. Ich kann nicht

sagen, wie lange die Konferenz dauern wird. Wir dürfen aber in den Arbeiten nicht überstürzt vorgehen. Es bestehen noch einige Schwierigkeiten, für die noch keine Lösung gefunden wurde. Es ist schwer zu glauben, daß wir uns nicht einigen sollten, wo doch so viel guter Wille und so viel aufrichtige Wünsche auf allen Seiten vorhanden sind. Ich muß Sie bitten, nicht allzu optimistisch zu sein und nicht zu glauben, daß alles ganz glatt gehen wird. Vor allem bitte ich Sie, sich mit Geduld zu wappnen und sich nicht über die lange Zeit zu beschweren, deren die Konferenz, um zu endgültigen Lösungen zu kommen, bedürfen wird, und sich auch nicht über die Diktation zu beklagen, die Ihnen auferlegt wird.

An diesen letzten Satz anknüpfend, machte Chamberlain, indem er an das Buch Lord Greys und seine Ausführungen über die Balkankonferenz vom Jahre 1913 erinnerte, auf die Schäden aufmerksam, die die Sucht nach journalistischen Sensationen dem Friedenswerk bringen könne.

Senator Scialoja, der Führer der italienischen Delegation, erklärte heute vor Pressevertretern u. a.: Bisher ist noch nichts Endgültiges beschlossen worden, vielmehr befindet man sich noch mitten in der Diskussion der schwierigen Probleme. Eine Zurückhaltung der Presse bei den Veröffentlichungen ist erforderlich, da die anwesenden Minister in weitem Maße der innerpolitischen Lage ihrer Länder Rechnung tragen müssen. Scialoja erklärte weiter, daß Italien in Locarno im Gegensatz zu seiner Haltung in Genf, wo es mehr die Rolle eines Beobachters spielte, tätigen Anteil an allen Diskussionen nehme. Scialoja erklärte noch, er wisse nicht, ob Mussolini nach Locarno kommen werde. Dies sei nicht ausgeschlossen, hänge aber von dem Ergebnis der Konferenz ab.

Die Schweizerische Depeschagentur meldet: Der polnische Außenminister Graf Strzyński veranstaltete heute einen Presseempfang, bei welchem er mitteilte, er sei auf Grund einer Verständigung zwischen mehreren Staaten, die an den Polen bestehenden Verhandlungen teilnehmen, nach Locarno gekommen. Polen halte auch weiterhin an den Grundgedanken des Genfer Protokolls fest: es sei gewillt, jeden Krieg als ein internationales Verbrechen auszusprechen und alle Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen. Die zukünftige Politik Polens werde darin bestehen, unter Ausschluß der Gewalt friedliche Lösungen für alle Streitfragen zu suchen.

Professor Hugo Preuß

Berlin, 9. Okt. Professor Hugo Preuß, der Schöpfer der Weimarer Verfassung, ist heute nacht im Alter von 65 Jahren einem Schlaganfall erlegen.

Der Nachfolger von Hugo Preuß im preussischen Landtag ist nach dem Bundeswahlvorschlag der Demokratischen Partei der Polizeisekretär Julius Nabe in Berlin.

Die Trauerfeier für den verstorbenen Reichsminister a. D. Dr. Preuß findet am 13. Oktober vormittags 10 Uhr in der Wandelhalle des preussischen Landtages statt. Im Anschluß an die Feier findet die Einäscherung im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Beleidigungsklage des bayrischen Landtagsabgeordneten Drechsler gegen Hitler. Der Landtagsabgeordnete Drechsler der früheren Ehrenpartei der national-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei, hat gegen Adolf Hitler Beleidigungsklage erhoben. Der Säbnerbericht ist, wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, geschleiert. Der Grund der Klage besteht in Äußerungen, die Hitler bei einer Sitzung im Fraktionszimmer der bayerischen Landtagsfraktion im Zusammenhang mit dem Meinungsprozess Ehrenberger getan haben soll. Hitler soll Drechsler die Schuld an der Verurteilung Ehrenbergers wegen Meinungs zu Buch:haus gegeben und ihn der Klage beistimmen lassen.

Geburtsstiftung deutschstämmiger Amerikaner für Hindenburg. Aus Anlaß des 78. Geburtstages des Reichspräsidenten v. Hindenburg überreichte am Donnerstag (mit "Täglicher Rundschau" ein Repräsentant der deutschstämmigen Amerikaner dem Reichspräsidenten eine von über 200 Deutsch-amerikanischen Vereinen unterschriebene Glückwunschadresse. Die von Wohlthätig Hindenburgs lautet: "Die Tugend ist das Wort der Ehre."

Amerikanisch-tschechoslowakisches Schuldenabkommen.

Washington, 9. Okt. Ueber die Rückzahlung der tschechoslowakischen Schulden an Amerika wurde ein Abkommen abgeschlossen auf der Grundlage von 115 Millionen Dollar, die innerhalb 62 Jahren zahlbar sind. Die Tschechoslowakei wird während 18 Jahren 3 Millionen Dollar jährlich bezahlen.

Polnische Sanierungspläne.

Warschau, 9. Okt. Die katastrophale Wirtschaftslage bringt es mit sich, daß innerhalb der verschiedenen Sejm-Parteien eigenartige Pläne zur Rettung des Landes gefaßt werden. So setzt sich heute in Korfanth's „Republika" ein hervorragender Parlamentarier, in dem man Korfanth selbst vermutet, für die Bildung eines Nationalkomitees ein, dem die Aufgabe zufallen würde, sämtliche Ausgaben der Regierung auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik und sämtliche staatlichen Ausgaben genau zu kontrollieren. Es soll also mit anderen Worten die Regierung unter Vormundschaft gestellt werden. Der Parlamentarier verlangt weiter, daß sämtliche Beschlüsse des Sejm auch dem Nationalkomitee zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden müssen. Das Blatt meint, daß eine Vormundschaft von eigenen Leuten erträglicher wäre als eine solche von Seiten des Völkerbundes.

Die polnische Regierungsteile beigelegt.

Warschau, 9. Okt. Die Regierungsteile infolge des Beschlusses des Vorkonferenzschusses des Sejm, die Auflösung des Sejm bis zum 20. Oktober zu vertagen, ist heute beigelegt worden. Ministerpräsident Grabski hat sich nach Rücksprache mit dem Sejmarschall Rataj und dem Staatspräsidenten Pajczerowski entschlossen, aus dem Verhalten des Sejm keine Konsequenzen zu ziehen.

Die Vernichtung des deutschen Schulwesens in der Tschechoslowakei.

Der Kampf, den die Tschechen gegen das deutsche Volkstum in der Tschechoslowakei führen, wird nicht nur auf politischem Gebiet ausgefochten. Auch gegen das deutsche Schulwesen richten sich heftige Angriffe. Die Tschechen wissen sehr wohl, daß im Schulwesen die Grundlage eines Volkes liegt. Wenn sie den Einfluß der Deutschen in ihrem Staate, die immerhin 3/4 Millionen stark sind, schwächen und schließlich ausschalten wollen, so müssen sie vor allem bedacht sein, das vor der Gründung des tschechischen Staates zu hoher Blüte gelangte deutsche Schulwesen so weit einzuschränken, daß es den Anforderungen eines kulturell hochstehenden Volkes nicht mehr genügt. Gerade das, was der junge Mensch von 6. bis 15. Lebensjahr an Eindrücken empfängt und an Wissen übermittelte bekommt, ist oft bestimmend für sein ganzes Leben. Und wenn der heranwachsenden deutschen Jugend nicht mehr genügend Schulen zur Verfügung stehen, dann wird in vielen Fällen eine Entfremdung vom deutschen Volkstum eintreten. So kommt alles darauf an, dem Deutschtum im tschechoslowakischen Staate zu erhalten, was ihm jetzt an deutschen Schulen gehört, darüber hinaus zu fordern, was ihm zukommt.

Bei der Gründung des jungen Staates hat man in den Sprach- und Schulforschungsarbeiten ausdrücklich festgesetzt, daß jeder anderssprachigen Minderheit aus geschichtlichen und kulturellen Gründen die im Rahmen des Staates berechtigten Ansprüche in Schul- und Verwaltungsbetrieb zu bewilligen seien. Die Praxis hat bewiesen, daß man nur schöne Worte gesprochen hat, die nie erfüllt worden sind. Zudem hat man die Schul- und Sprachgesetze nach Wunsch angewandt und gebeugt. Die Deutschen gelten den Tschechen immer noch als das gefährliche Element in ihrem Staate. So sucht man sie zu schwächen, wo es nur immer geht. Und gerade auf dem Gebiete des deutschen Schulwesens einen Rechtsbruch nach dem andern vorzunehmen, ist den Tschechen um so leichter, als die Entscheidungen von einer einzigen Stelle gefällt werden, die noch dazu dem Parlament nicht verantwortlich ist. Und daß man keinen Deutschen in diese Regierungsstelle setzen wird, braucht nicht besonders betont zu werden.

Die Politik, die man im allgemeinen einschlägt, läßt sich kurz wie folgt skizzieren: Man sucht vielfach ein deutsches Sprachgebiet, das einem einzigen Schulbezirk anhaftet und dort eine vierklassige Schule besitzt, dadurch zu beeinträchtigen, daß es auf mehrere Schulbezirke, die überwiegend tschechisch sind, verteilt wird. Dann sind Schulkinder des deutschen Gebietes in den neuen Bezirken Minderheit, sobald für sie oft nicht einmal eine Minderheitenschulklasse gefordert werden kann. Die deutschen Kinder sind dann gezwungen, in die tschechischen Schulen zu gehen. Der Verlust, den die Deutschen allein durch solche Bezirkseinteilungen erleiden, ist schon groß. Darüber hinaus aber sind noch all die Fälle zu betonen, in denen man Klassen- und Schulpferrungen völlig widerrechtlich vornimmt. Wir ist ein Fall bekannt, der die Gewalttätigkeit der Tschechen klar beleuchtet. Eine zweiklassige deutsche Schule in Mährern wurde in eine einklassige umgewandelt, weil die Schülerzahl nicht 60 erreichte. Die Möglichkeit, die Wiedererrichtung der zweiten Klasse zu verlangen, besteht erst dann, wenn die Schülerzahl 75 beträgt. Andererseits wird für vier oder fünf (!) tschechische Kinder eine Schule eingerichtet; es werden meist sogar keine Kosten gescheut, um für die geringe Schülerzahl ein neues Gebäude zu errichten. Viele deutsche Gemeinden haben sich bei einer drohenden Schul- oder Klassenstichung der Schulbehörde gegenüber bereit erklärt, die Betriebskosten und Gehälter aus eigenen Mitteln zu zahlen. Diese Vorschläge sind regelmäßig abgelehnt worden.

Die Wirkungen der tschechischen Schulpolitik kann man vor allem in ländlichen Gegenden beobachten. Nicht jeder deutschen Familie ist es finanziell möglich, nach einer Schulschließung ihre Kinder zwei bis drei Stunden weit in die nächste deutsche Schule zu schicken. Nur hat der deutsche Kulturverband an vielen Stellen aus eigenen Mitteln bezahlte Lehrer eingesetzt, um dem Vordringen der Tschechen auf diese Weise Halt zu gebieten. Daß die Tschechen aber nichts unversucht gelassen haben, um den vom Kulturverband erteilten Privatunterricht — nur in dieser Form kann der Kulturverband wirken — zu führen und zu vereiteln, ist ja selbstverständlich. Trotz aller Veruche ist aber in manchem gefährdeten Punkt das Deutschtum gerettet worden. Aber auch der Kulturverband kann nicht überall helfen. Das liegt an der Beschränktheit der Geldmittel und der Größe der Not, die hier auftritt. Die Staatsbeamten deutscher Nationalität werden natürlich immer gezwungen, ihre Kinder in die tschechischen Schulen zu schicken, andernfalls droht man ihnen mit sofortiger Dienstentlassung. Bis zum heutigen Tage sind von den Tschechen an deutschen Schulen 26 Volksschulen und Gymnasien, 88 Bürgererschulen und 818 Volksschulen mit 2002 Klassen aufgelöst worden. Besonders hart ist man im Ostschlesien vorgegangen — 1919 von Deutschland abgetrennt — vorgegangen. Von den dort bestehenden 179 Schulklassen sind bis jetzt 173 (!) geschlossen worden. Welche Gefahr das für die Erhaltung der deutschen Sprache, des Deutschtums überhaupt bedeutet, liegt ja auf der Hand.

Die Tschechen wissen sehr wohl, daß sie wenig erreichen werden, so lange es noch genug deutsche Lehrer gibt, die Unterricht — und sei es auch nur privat — erteilen. Das